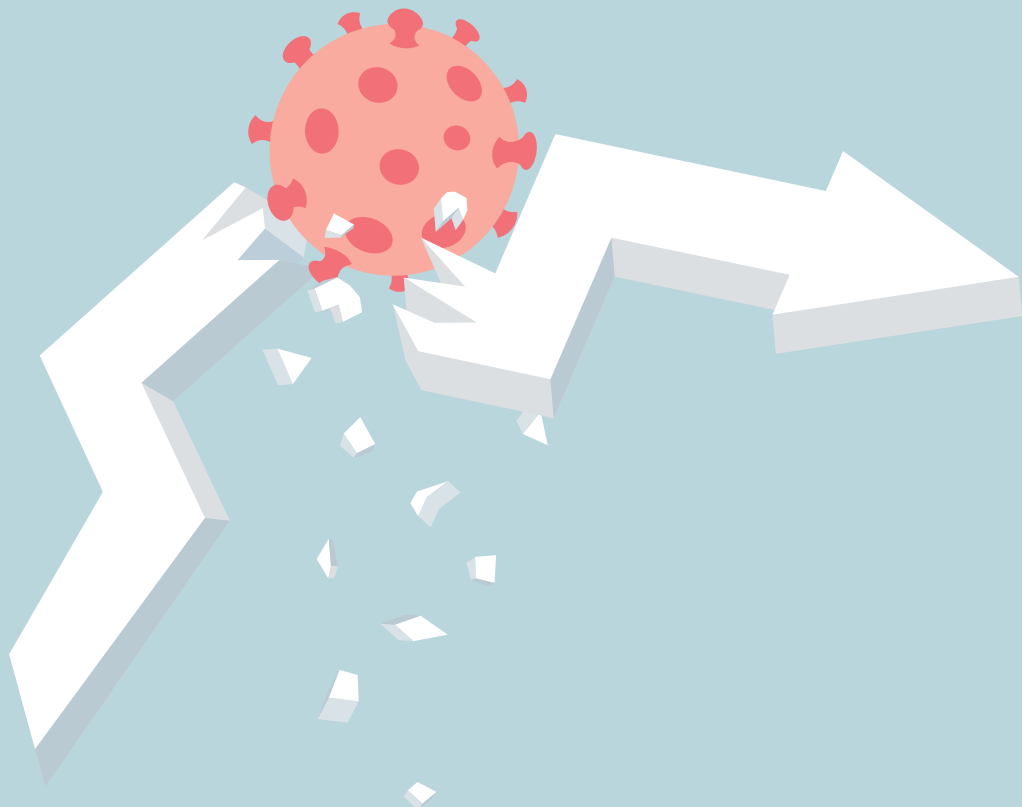


Der Einschlag

IW-Konjunkturprognose. Minus 9 Prozent: Einen so großen Rückgang der Wirtschaftsleistung wie im Jahr 2020 hat es in Deutschland bislang noch nie gegeben. Fast alle großen Volkswirtschaften müssen ähnliche Verluste verkraften und versuchen, die Folgen der Corona-Pandemie unter anderem durch Kurzarbeit aufzufangen – auch wenn jedes Land dabei seinen eigenen Kurs fährt. Was die EU gegen die Corona-Krise tut, erläutert Marco Piantini, Mitarbeiter des EU-Wirtschaftskommissars Paolo Gentiloni, im iwd-Interview.

→ [Seiten 2-7](#)



Tourismuswirtschaft

Weil viele Unternehmen der Reise- und Freizeitbranche kurz vor der Insolvenz stehen, fordert die Tourismuswirtschaft ein 16 Milliarden Euro schweres Rettungspaket.

→ [Seiten 10-11](#)

Europäische Union

Die Verhandlungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich über ein Freihandelsabkommen stocken, ein harter Brexit wird immer wahrscheinlicher.

→ [Seiten 12-13](#)

Ein beispielloser Absturz

IW-Konjunkturprognose. Das Coronavirus und seine Folgen treffen die Weltwirtschaft mit einer Wucht, wie es sie bisher noch nicht gegeben hat. Auch für Deutschland wird 2020 deshalb ein bitteres Jahr: Das Bruttoinlandsprodukt bricht ein, die Arbeitslosigkeit steigt. Zwar wird es 2021 wieder aufwärtsgehen – Voraussetzung ist allerdings, dass es keinen weiteren Lockdown gibt.

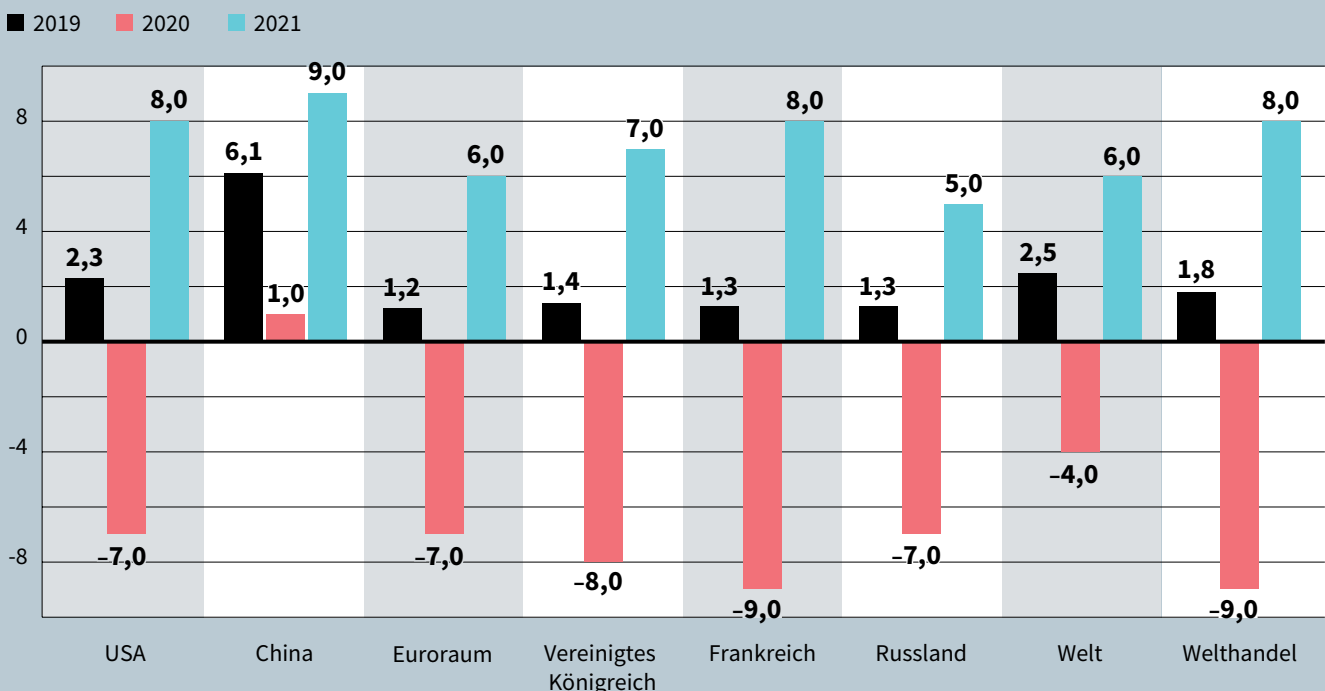
Breiter, heftiger und schneller – das ist es, was die Wirtschaftskrise infolge der Corona-Pandemie von bisherigen Konjunkturkrisen unterscheidet. Die Corona-Krise ist weltumspannend, sie lähmt Angebot und Nachfrage gleichzeitig, sie trifft nahezu alle Branchen.

In dieser Gemengelage überrascht es nicht, dass sich die deutsche Wirtschaft auf einen langwierigen Anpassungsprozess einstellt.

Bei der Unternehmensbefragung, die das Institut der deutschen Wirtschaft seit Anfang März wegen der Pandemie wöchentlich durchführt, unterscheiden sich die kurzfristigen Erwartungen der Unternehmen für die kommenden Monate kaum von den langfristigen für 2020 und 2021. Mit anderen Worten: Das Vorkrisenniveau kann wahrscheinlich erst im dritten oder

Konjunktur: Weltweiter Absturz 2020

Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Quellen: Oxford Economics, Internationaler Währungsfonds, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

vierten Quartal 2021 wieder erreicht werden. Ein Grund dafür ist die desaströse Situation der Weltwirtschaft, denn die macht der exportorientierten deutschen Volkswirtschaft zusätzlich zu schaffen (Grafik Seite 2):

Die weltweite Wirtschaftsleistung wird 2020 um 4 Prozent sinken, der Welthandel sogar um 9 Prozent.

Bis auf China, das sogar noch ein Mini-Wachstum von 1 Prozent erreichen dürfte, müssen alle großen Volkswirtschaften schmerzhaft Verluste bei ihrer Wirtschaftsleistung hinnehmen – auch Deutschland (Grafik):

Im Jahr 2020 wird das reale Bruttoinlandsprodukt um 9 Prozent zurückgehen.

Vorausgesetzt, dass es keinen neuerlichen globalen Schock gibt, wird die Erholung erst im Herbst 2021 so weit vorangeschritten sein, dass das Produktionsniveau von 2019 wieder erreicht ist.

Weitere Ergebnisse der IW-Konjunkturprognose im Einzelnen:

Außenhandel. Der weltweite Lockdown wird dem deutschen Exportgeschäft im ersten Halbjahr 2020 stark zusetzen. Preisbereinigt werden die deutschen Ausfuhren im gesamten Jahr um 25 Prozent zurückgehen. Zum Vergleich: Im Jahr der Finanzkrise, also 2009, belief sich das Minus auf 14 Prozent. Zwar wird das Auslandsgeschäft im kommenden Jahr – wenn nichts dazwischenkommt – voraussichtlich wieder um 15 Prozent zulegen. Doch damit werden die Exporte noch immer um fast 14 Prozent niedriger ausfallen als 2019.

Investitionen. Die schlechten Export-Aussichten hängen eng mit dem weltweit mauen Investitionsklima zusammen. Wie im Krisenjahr 2009 werden die Ausrüstungsinvestitionen 2020 um gut 20 Prozent zurückgehen. Auch die für das zweite Halbjahr dieses Jahres und für 2021 prognostizierte Erholung wird nicht ausreichen, um dieses Minus wettzumachen.

Konsum. Teile des privaten Konsums werden infolge der Pandemie in bislang unvorstellbarer Weise ausgehebelt. Vor allem im Freizeit- und Kulturwesen sowie im Gastgewerbe brechen die Geschäfte ein und die Erholungs- oder Nachholeffekte halten sich aufgrund der weiterhin geltenden gesundheitspolitischen Restriktionen in Grenzen. Die realen Konsumausgaben werden im Jahresdurchschnitt 2020 um 9 Prozent unter dem Niveau von 2019 liegen.

Arbeitsmarkt. Der jahrelang an Erfolgsmeldungen gewöhnte deutsche Arbeitsmarkt bekommt die Corona-Folgen deutlich zu spüren. So wird die durchschnittliche Zahl der Kurzarbeiter in diesem Jahr auf 3,2 Millionen taxiert, in der Spitze könnte sie auf 6 bis 8 Millionen steigen. Gewichtet mit dem durchschnittlichen Arbeitsausfall wird das Ausfallvolumen 1,3 Millionen Vollzeit-

IW-Prognose für Deutschland 2020 und 2021

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2019	2020	2021
Entstehung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Erwerbstätige	0,9	-1,0	1,0
Arbeitslosenquote	5,0	6½	5¾
Arbeitsvolumen	0,6	-5,0	4,0
Produktivität	0,0	-4,0	4,0
Bruttoinlandsprodukt	0,6	-9,0	8,0
Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Private Konsumausgaben	1,6	-9,0	10,0
Konsumausgaben des Staates	2,6	3,0	5,0
Anlageinvestitionen	2,6	-9,0	6,0
– Ausrüstungen	0,6	-20,0	12,0
– Sonstige Anlagen	2,7	-10,0	9,0
– Bauten	3,9	-2,0	2,0
Inlandsnachfrage	1,0	-6,0	8,0
Export	0,9	-25,0	15,0
Import	1,9	-21,0	16,0
Preisentwicklung			
Verbraucherpreise	1,4	0,5	1,0
Staatshaushalt			
Finanzierungssaldo	1,4	-8,0	-4,0

Arbeitslosenquote: registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen;
Produktivität: reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde;
Finanzierungssaldo: in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

äquivalente betragen. Und die Zahl der Erwerbstätigen wird im laufenden Jahr um 480.000 zurückgehen. Trotz der großen Bedeutung der Kurzarbeit (siehe Seiten 4–5) wird die Arbeitslosigkeit steigen:

Die Arbeitslosenquote steigt von 5,0 Prozent im Jahr 2019 auf 6 ½ Prozent im Jahresdurchschnitt 2020.

Die gute Nachricht: Die Erholung im Jahr 2021 geht mit einer Erhöhung der Erwerbstätigkeit und einem Abbau der Arbeitslosigkeit einher, der einen wesentlichen Teil des Einbruchs wieder wettmacht. Der Stand von 2019 wird allerdings noch nicht wieder erreicht.

IW-Report 25/2020

Hubertus Bardt, Martin Beznoska, Markus Demary, Michael Grömling, Michael Hüther, Jürgen Matthes, Jochen Pimpertz, Holger Schäfer:
Gewaltiger Einbruch und nur allmähliche Erholung – IW-Konjunkturprognose Frühsommer 2020
iwkoeln.de/konjunkturprognose

Ein Instrument, viele Varianten

Kurzarbeit. Die Corona-Pandemie hat einmal mehr die Kurzarbeit als arbeitsmarktpolitisches Instrument auf den Plan gerufen. Und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch in vielen anderen EU-Staaten, wie eine IW-Studie zeigt. Allerdings sind die Leistungen kaum vergleichbar.

Kurzarbeit ist keinesfalls ein neues arbeitsmarktpolitisches Instrument. Im Gegenteil:

Bereits 1910 übernahm das Deutsche Reich die „Kurzarbeiterfürsorge“ für Arbeiter der Kali-Industrie, da der Staat der Branche einen Kapazitätsabbau verordnet hatte.

In den 1970er- und 1980er-Jahren wurde Kurzarbeitergeld dann regelmäßig von der Bauindustrie in Anspruch genommen, wenn Aufträge ausblieben oder das Wetter Arbeit unmöglich machte.

Besonders wichtig und populär wurde Kurzarbeit in der Finanz- und Wirtschaftskrise vor zehn Jahren. Die überstand Deutschland auch deshalb – relativ – gut, weil der Staat den heimischen Firmen umfangreiche Möglichkeiten bot, ihre Mitarbeiter mit Kurzarbeitergeld aus der Kasse der Bundesagentur für Arbeit zu halten, statt sie in die Arbeitslosigkeit zu entlassen. So war es den Unternehmen nach der Krise schnell möglich, die Produktion wieder hochzufahren – denn sie mussten kaum neue Fachkräfte finden und einarbeiten.

Nach diesen Erfahrungen ist es kein Wunder, dass die Bundesregie-

rung in der Corona-Pandemie schnell umfassende Kurzarbeitsregelungen getroffen hat. Anfangs bekamen kinderlose Mitarbeiter 60 Prozent des ausgefallenen Nettolohns als Kurzarbeitergeld ersetzt und Mitarbeiter mit Kindern 67 Prozent.

Viele andere Staaten haben – sicherlich auch den deutschen Erfolg von vor zehn Jahren im Hinterkopf – ähnliche Regelungen getroffen:

Die Eurofound-PolicyWatch-Datenbank, die eigens für die Covid-19-Krise eingerichtet wurde, listet aktuell knapp 50 Maßnahmen europäischer Staaten auf, um Arbeitsplätze zu sichern.

Das IW hat in einer Studie schon vor Veröffentlichung der Datenbank bedeutende Maßnahmen analysiert. Zentrale Erkenntnis: Es ist nicht sinnvoll, die Leistungen miteinander zu vergleichen oder politische Forderungen aus den Maßnahmen in anderen Ländern abzuleiten (Grafik):

Über die maximale Bezugsdauer betrachtet, kommen Kurzarbeiter in Deutschland auf die vierthöchste Gesamtleistung.

Spanier, Franzosen und Finnen bekommen zwar mehr, doch diese Erkenntnis hilft wenig, denn die Bezugsdauer für Kurzarbeitergeld

unterschiedet sich von Land zu Land stark. So können – Stand Ende März 2020 – Briten und Niederländer zum Beispiel nur für drei Monate mit Unterstützung rechnen, in Deutschland gibt es dagegen zwölf Monate lang Geld, in Ausnahmefällen sogar 21 Monate. Noch länger gewährt Spanien finanzielle Hilfen.

Aber auch andere Aspekte machen den Vergleich staatlicher Kurzarbeitszahlungen nahezu unmöglich:

Steuern und Abgaben. Einige Staaten wie Deutschland entbinden die Arbeitnehmer beim Kurzarbeitergeld von der Pflicht, Steuern und Abgaben zu zahlen. Das tun zum Beispiel Finnland und die Slowakei nicht, deshalb bleibt dort unterm Strich deutlich weniger übrig als in Staaten, die vermeintlich wenig unterstützen.

Höchstgrenzen. In vielen Ländern wird Kurzarbeitergeld nur bis zu einer bestimmten Höhe gezahlt – und diese Grenzen unterscheiden sich drastisch.

Hinzuverdienst. Bei der Frage, ob sich Kurzarbeiter etwas dazuverdienen dürfen, scheiden sich ebenfalls die Geister. So ist das beispielsweise in den Niederlanden verboten,

während Deutschland diese Möglichkeit anlässlich der Pandemie sogar ausgeweitet hat.

Hinzu kommt, dass sich die Situation fast täglich ändert – regelmäßig werden neue Hilfspakete beschlossen, laufen Regelungen aus oder greifen neue Unterstützungsprogramme:

Die Eurofound-Datenbank zählt mittlerweile fast 500 Politikmaßnahmen, mit denen sich die EU-Mitgliedsstaaten gegen die Krise stemmen.

In Deutschland etwa hat die Bundesregierung schon vor einigen Wochen beschlossen, das Kurzarbeiter-

tergeld zu staffeln – je länger es in Anspruch genommen wird, desto höher ist es; bis zu 87 Prozent des Nettolohns sind möglich.

Zudem führt es in die Irre, die Anti-Krisen-Maßnahmen ohne das jeweilige Sozialsystem zu beurteilen. Denn oft bieten die Staaten weitere Unterstützungen, damit zumindest die Grundsicherung gewährleistet ist. Ähnliches gilt für Branchenlösungen oder Tarifverträge – auch die ergänzen oft staatliche Leistungen und stocken sie auf.

Mit diesem Wissen sollte man deshalb auch SURE einordnen, das neue Programm der EU-Kommission.

Es soll die Mitgliedsstaaten in der aktuellen Krise dabei unterstützen, Erwerbstätige und Arbeitsplätze zu schützen: SURE stellt Finanzmittel bereit, überlässt aber den EU-Ländern die Auswahl der Maßnahmen, die am besten zum jeweiligen Arbeitsmarkt und Sozialsystem passen (siehe Interview Seite 6–7).

IW-Kurzbericht 62/2020




















Holger Schäfer, Helena Schneider, Sandra Vogel:

Kurzarbeit in Europa

iwkoeln.de/kurzarbeit_europa

Kurzarbeitergeld in Europa

So viel Dollar Kurzarbeitergeld erhielt ein alleinstehender Durchschnittsverdiener bei 100-prozentiger Kurzarbeit Ende März 2020

	Kurzarbeitergeld im Monat	Gesamtleistung über maximal mögliche Bezugsdauer	Steuern/Sozialbeiträge sind vom Arbeitnehmer zu zahlen
 Spanien	1.830	43.920	 Nein
 Frankreich	3.004	36.053	Nur Steuern
 Finnland	2.106	28.009	 Ja
 Deutschland	2.028	24.332	 Nein
 Italien	1.614	19.363	Nur Steuern
 Österreich	2.721	16.326	 Nein
 Niederlande	5.436	16.307	 Ja
 Slowakei	1.257	15.088	 Ja
 Vereinigtes Königreich	3.571	10.714	 Ja
 Estland	1.817	3.633	 Nein

Angaben in Dollar zu Kaufkraftparitäten

Quellen: European Trade Union Institute, Institut der deutschen Wirtschaft, OECD
© 2020 IW Medien / iwd

„Kein EU-Staat wird es allein aus dieser Krise schaffen“

Interview. Der Italiener **Marco Piantini** arbeitet im Team des EU-Wirtschaftskommissars Paolo Gentiloni. Piantini hat das Programm SURE zur Unterstützung der Arbeitsmarktpolitik in den EU-Staaten mitentwickelt, das zum 1. Juli 2020 startet. Der iwd sprach mit ihm über das Programm, über Kurzarbeit und darüber, was die Union mit einem Mosaik gemeinsam hat.

Der Essayist Nassim Nicholas Taleb hat in seinem berühmten Buch „Schwarzer Schwan“ über höchst seltene, unwahrscheinliche Ereignisse geschrieben. Die Corona-Pandemie ist – wie die Finanz- und Wirtschaftskrise vor zehn Jahren – wohl genau solch ein Schwarzer Schwan ...

In der Tat. Es ist eine gewaltige Herausforderung. Ich mag es allerdings überhaupt nicht, wenn Leute jetzt sagen, dass man die aktuelle Krise als Chance begreifen und nutzen soll. Vielmehr gilt für mich: Wir müssen uns wegen der Krise weiterentwickeln – auch als EU.

Was genau meinen Sie damit?

Dafür bemühe ich gerne ein Bild, genauer gesagt ein Mosaik – und die EU ist so ein Mosaik. Es gibt nicht das eine Instrument oder die eine Maßnahme, die uns rettet oder die europäische Integration vollendet, sondern viele kleine Teile, die erst in der Summe mit all ihren Farben und Formen ein harmonisches Bild ergeben.

Ist für Sie SURE, das neue Programm der Europäischen Kommission zur Unterstützung der Mitgliedsstaaten beim Schutz von Erwerbstätigen und Arbeitsplätzen, solch ein Mosaikstein?

Auf jeden Fall. Erst vor wenigen Tagen hat der Europäische Rat beschlossen, dass SURE Realität, sprich Gesetz wird. Jetzt müssen 25 Milliarden Euro an Garantien durch die Mitgliedsstaaten von uns eingesammelt werden, damit wir 100 Milliarden via Kredit über die Kapitalmärkte besorgen können. Damit unterstützt die EU dann Staaten nach einem klar festgelegten Verfahren.

SURE kommt genau zum richtigen Zeitpunkt ...

Aber die Idee war schon sehr lange da – in der politischen Wissenschaft, aber auch im Europäischen

Parlament und im Wahlkampf vor der Europawahl im letzten Frühjahr.

Und dann kam Corona ...

SURE ist tatsächlich eine sehr konkrete Maßnahme, um der Covid-Krise auf europäischer Ebene etwas entgegenzusetzen: Das Programm ist bis Ende 2022 begrenzt und vereint viele Gedanken, die Europa ausmachen: Es setzt auf die Solidarität der Staaten, indem die Länder gemeinsam Schulden machen und den Zinsvorteil, den sie haben, an einzelne Staaten weitergeben.

Gleichzeitig redet keiner den Nationalstaaten in ihre individuelle Arbeitsmarktpolitik rein, die Diversität wird akzeptiert: Die Mitgliedsstaaten können SURE-Hilfen beantragen, um damit die für ihre Nation passenden

„Europa muss einen Mehrwert bieten und den disruptiven Kräften entgegenwirken“

Maßnahmen zur Unterstützung von Kurzarbeit und ähnlichen Instrumenten zu finanzieren.

Ich bin fest davon überzeugt: Wir können in Europa nur Erfolg haben, wenn wir die Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten akzeptieren. Gleichzeitig steht für mich fest, dass es kein EU-Staat allein aus dieser Krise schaffen wird.

Deutschland ist vor zehn Jahren dank Kurzarbeit relativ gut durch die Wirtschafts- und Finanzkrise



Foto: Europäische Kommission

gekommen. Aktuell bieten viele Staaten ähnliche Sicherungssysteme an. Ist das der richtige Weg?

Auf jeden Fall. Aus der Krise vor zehn Jahren haben alle Staaten ihre Lehren gezogen. Dass Kurzarbeit ein sehr probates Mittel ist, um nach der Krise rasch wieder auf die Beine zu kommen, ist so eine Lehre. Also ist es sinnvoll, wenn die Nationalstaaten sie nutzen.

Als EU insgesamt haben wir nun übrigens – anders als damals – auch Instrumente, die wir einsetzen können, um Schlimmeres zu verhindern. Zum Beispiel den European Stability Mechanism ESM.

Und eben SURE. Bei SURE werde ich nicht müde zu betonen, wie wichtig es ist, dass wir bei diesem Unterstützungsmechanismus die Vielfalt der EU-Staaten akzeptieren.

Ich halte es für zentral, dass wir den Sozialpartnern, also Gewerkschaften und Verbänden, Betriebsräten und Firmenbossen sowie den jeweiligen Regierungen inhaltlich nicht reinreden.

Sie sind Italiener. Schon vor der Krise ging es Ihrer Heimat finanziell nicht gerade prächtig. Wie lange reicht nun bei den europäischen Sorgenkindern das Geld für all die nötigen Hilfsmaßnahmen? Droht uns eine neue Staatsschuldenkrise?

Natürlich stehen einige Staaten mit Blick auf die Verschuldung besser, teils sogar deutlich besser da als andere. Allerdings bringt es nichts, wenn wir jetzt anfangen, das Thema Staatsverschuldung in aller Breite neuerlich zu diskutieren.

Was ohnehin oft übersehen wird: Die Staaten, deren Verschuldung über 100 Prozent des jeweiligen Bruttoin-

landsprodukts beträgt, sind für über 50 Prozent der Wirtschaftsleistung in der Union verantwortlich. Eine hohe Staatsverschuldung ist also keineswegs das Problem einiger weniger Länder.

Aktuell liegen zwei unterschiedliche Vorschläge auf dem Tisch, wie die Wirtschaft in Europa nach dem Corona-Lockdown wiederbelebt werden könnte. Ein Vorschlag kommt von Deutschland und Frankreich, einer von Österreich, Schweden und Co. Wie beurteilen Sie deren Chancen auf Realisierung?

Tatsächlich hat ja die EU-Kommission, für die ich arbeite, selbst einen Vorschlag gemacht, was zu tun ist. Der wird Grundlage aller künftigen Verhandlungen sein – sowohl zwischen den einzelnen Regierungen als auch im Europäischen Parlament, wo es darum geht, den mehrjährigen Finanzrahmen abzustecken. (Anmerkung der Redaktion: Das Interview wurde vor Veröffentlichung dieses Vorschlags geführt.)

Aber nun zurück zu Ihrer Frage: Ich bin keinesfalls schockiert, dass Regierungen unterschiedliche Ansichten haben und entsprechende Vorschläge präsentieren. Geschockt wäre ich, wenn es Europa nicht gelänge, eine ambitionierte Antwort auf diese nie da gewesene Krise zu geben.

Letztlich geht es immer – auch jetzt – darum, welchen Mehrwert die Europäische Union ihren Mitgliedern bieten kann. Nur mit solch einem Mehrwert können wir uns als Europäer gegen disruptive Kräfte stemmen und eine Fragmentierung der EU verhindern.

Und genau diesen Mehrwert kann Europa in dieser Krise unter Beweis stellen. Darauf hoffe ich.

Job sei Dank

Geldvermögen. Trotz niedriger Zinsen konnten die Bundesbürger in den vergangenen Jahren ihr Geldvermögen deutlich steigern. Ein entscheidender Faktor waren dabei die starken Beschäftigungszuwächse. Damit die Deutschen auch künftig für das Alter oder größere Anschaffungen sparen können, sollte die Politik im Kampf gegen die Corona-Krise alles daransetzen, Arbeitsplätze zu erhalten.

Die Zeiten, in denen das Geld auf dem Sparbuch üppige Zinsen abwarf, gehören längst der Vergangenheit an. Schon seit den 1990er Jahren sind die Zinsen kontinuierlich gesunken – so fiel der Median der Renditen auf Staatsanleihen mit zehnjähriger Restlaufzeit in den OECD-Ländern von fast 10 Prozent zu Beginn der 1990er Jahre bis Anfang 2020 auf minus 0,2 Prozent. Und die meisten Finanzmarktexperten sind sich einig, dass sich an diesem

Niveau auch in den nächsten Jahren kaum etwas ändern wird – ungeachtet der Corona-Krise.

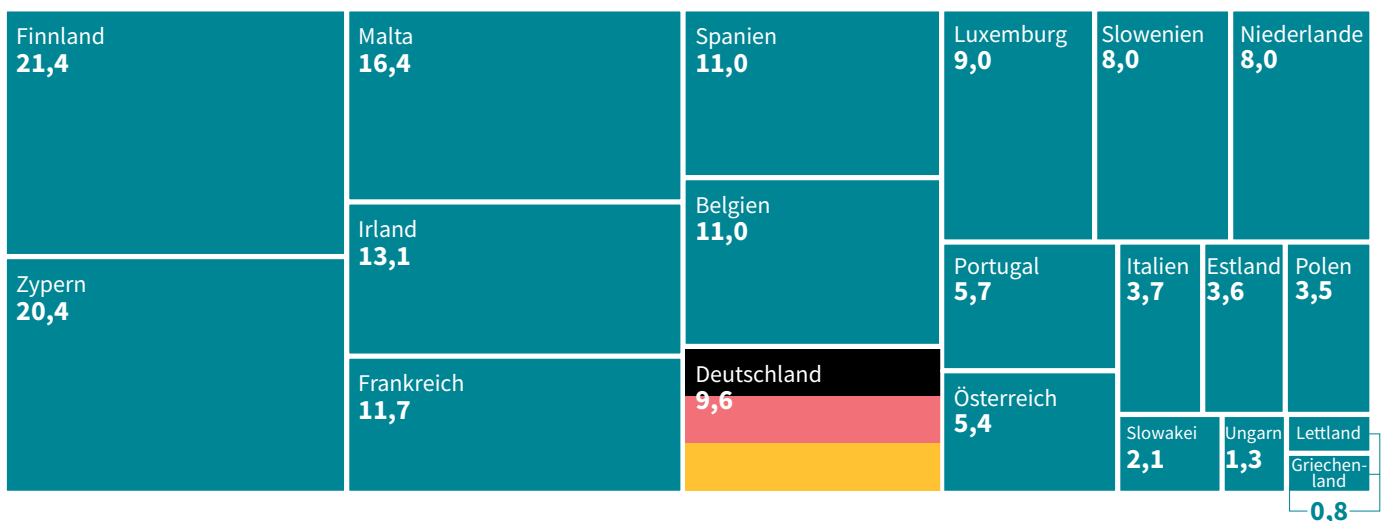
Das schmerzt die Bundesbürger umso mehr, als sie zu den besonders emsigen Sparfüchsen gehören: Rund 11 Prozent ihres verfügbaren Einkommens legen sie im Durchschnitt beiseite – im Mittel von 18 OECD-Ländern beträgt die Sparquote nur etwa 5 Prozent. Zu den wichtigsten Sparmotiven der Deutschen zählen die Altersvorsorge, größere Anschaf-

fungen wie ein Autokauf sowie der Erwerb oder die Renovierung ihres Wohneigentums.

Doch wie soll man bei 0 Prozent Zinsen am besten sparen, um sich diese kurz- oder längerfristigen Wünsche zu erfüllen? Aktien sind trotz der auf lange Sicht kräftig gestiegenen Kurse bei den Bundesbürgern eher unbeliebt. Dies zeigen die Daten aus der 2016er Haushaltsstudie der Europäischen Zentralbank (Grafik):

Aktionäre in der EU: Große Unterschiede

So viel Prozent der privaten Haushalte besitzen Aktien



Stand: 2016

Quellen: Europäische Zentralbank, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwid

In Deutschland besaß zuletzt nur knapp jeder zehnte private Haushalt Aktien – in Finnland dagegen mehr als jeder fünfte.

Jüngere Untersuchungen belegen, dass sich an der Skepsis der Deutschen gegenüber Aktien nur wenig geändert hat. Denn trotz der Kurssteigerungen an den Börsen ist der Aktienanteil am Geldvermögen der Haushalte in Deutschland seit 2016 bis Mitte 2019 nur geringfügig auf etwa 5 Prozent gestiegen.

Stattdessen stecken die hiesigen Sparer ihr Vermögen nach wie vor am liebsten in sichere, aber kaum verzinsliche Anlagen:

Etwa 40 Prozent ihres Geldvermögens halten die privaten Haushalte hierzulande in Form von Bargeld und Bankguthaben.

Da die Deutschen die Börsen verschmähen und dem Sparbuch treu bleiben, obwohl es nichts mehr abwirft, wäre zu vermuten, dass sie in den zurückliegenden Jahren kaum größere Vermögenszuwächse erzielen konnten. Doch die Realität sieht anders aus, wie ein EU-weiter Vergleich zeigt (Grafik):

Vom dritten Quartal 2015 bis zum dritten Quartal 2019 wuchs das Geldvermögen der privaten Haushalte in Deutschland im jährlichen Durchschnitt um 4,3 Prozent.

Das war nicht nur mehr als in den sieben Jahren zuvor (2,8 Prozent). Die Vermögen entwickelten sich auch besser als in einer mit Deutschland wirtschaftlich vergleichbaren Ländergruppe, zu der unter anderem Frankreich, die Niederlande und Österreich gehören. Dort legten die privaten Geldvermögen in letzter Zeit nur um 3,7 Prozent pro Jahr zu.

Relativ stark gewachsen sind in Deutschland im Übrigen auch jene Vermögen, die in Form von Bargeld und Bankeinlagen gehalten werden. Die Bundesbürger waren also zuletzt

offenbar besonders gut dazu in der Lage, mehr zu sparen als früher.

Ein wesentlicher Grund hierfür dürfte der lange Konjunkturaufschwung und die damit verbundenen hohen Beschäftigungszuwächse gewesen sein – von 2009 bis 2019 ist die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland um mehr als 4,3 Millionen auf gut 45,2 Millionen gestiegen. Die vielen neuen Jobs haben Einkommen geschaffen und somit auch die Sparmöglichkeiten verbessert.

Dies setzt ein deutliches Signal an die Politik, ihre Strategie in der Corona-Krise so auszurichten, dass möglichst viele Arbeitsplätze erhalten bleiben.

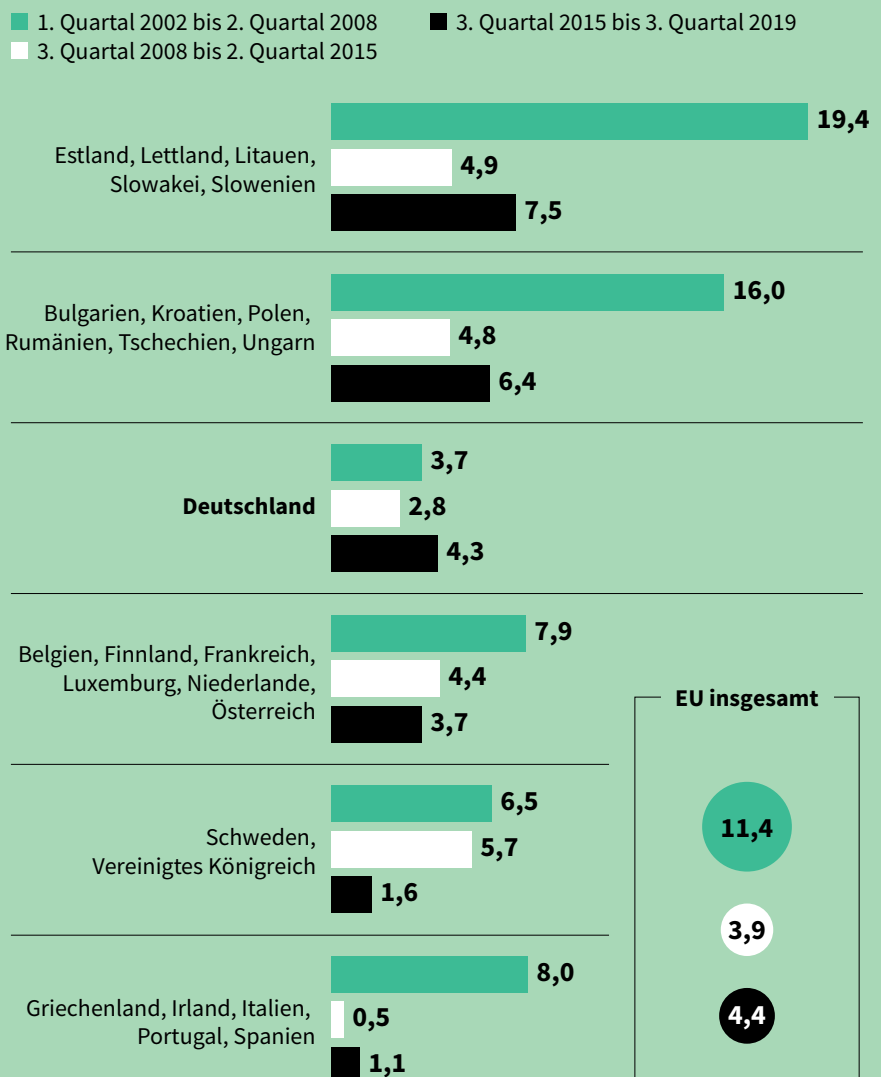
Aus IW-Trends 2/2020

Markus Demary: Entwicklung des Geldvermögens der privaten Haushalte in Zeiten niedriger Zinsen

iwkoeln.de/geldvermoegen

Geldvermögen in der EU wachsen wieder schneller

Um so viel Prozent ist das Geldvermögen der privaten Haushalte in diesen Zeiträumen jahresdurchschnittlich gewachsen



Quellen: Eurostat, Institut der deutschen Wirtschaft © 2020 IW Medien / iwd

Umsatzeinbußen von 50 Prozent und mehr

Tourismuswirtschaft. Die Reise- und Freizeitbranche ist von der Corona-Pandemie stark getroffen, viele Betriebe sind bereits zahlungsunfähig oder stehen kurz vor der Insolvenz. Um möglichst viele der insgesamt rund drei Millionen Arbeitsplätze in der deutschen Tourismuswirtschaft zu erhalten, plädiert der zuständige Bundesverband für einen staatlichen Rettungsfonds.

Ohne Zweifel ist die Tourismusbranche von der Corona-Krise besonders betroffen: Monatelang waren Restaurants, Bars, Hotels, Campingplätze und Freizeitparks geschlossen, blieben Flugzeuge am Boden und Kreuzfahrtschiffe in den Häfen. Außerdem wurden sehr viele gebuchte Reisen storniert.

Zwar öffnen sich die ersten Bundesländer nun wieder für Besucher und Touristen, doch die globalen Reiseeinschränkungen, die Abstands- und Hygieneregeln sowie die verständliche Zurückhaltung der Menschen bei der Gestaltung ihrer wiedergewonnenen Freiheiten sorgen dafür, dass diese Branche überdurchschnittlich lange brauchen wird, um wieder die ursprünglichen Erlöse zu erwirtschaften.

Eine Befragung von 555 Unternehmen in Deutschland im Rahmen des IW-Corona-Panels Mitte April 2020 ergab: Im Durchschnitt gehen die Betriebe davon aus, dass es 15 Monate dauern wird, bis wieder die Umsätze des Vorjahresniveaus erreicht werden. In der Reisebranche sind die Erwartungen noch deutlich pessimistischer (Grafik):

Tourismuswirtschaft: Reisen, speisen, erholen

Umsätze der deutschen Tourismuswirtschaft im Jahr 2019 in Milliarden Euro

Gastronomie und Beherbergungsgewerbe	89,5
Sport, Erholung, Freizeit und Kultur	33,2
Verkehrsdienstleistungen	20,8
Luftfahrt	19,5
Reisebüros und Reiseveranstalter	13,9
Kfz-Treibstoffe	10,0
Lebensmittel	8,1
Gesundheitsdienstleistungen	7,6
Vermietung und Grundstückswesen	4,0
Leistungen für Mietfahrzeuge	1,7
Schifffahrt	1,0
Sonstige Güter und Dienstleistungen	56,2
Insgesamt	265,5

Umsatz: näherungsweise Werte, da Produktionswerte

Quellen: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Statistisches Bundesamt, IW Consult
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Die hiesigen Tourismusbetriebe rechnen damit, dass es mindestens 18 Monate dauern wird, bis sie wieder den Jahresumsatz von 2019 erzielen – der lag zuletzt bei rund 265 Milliarden Euro.

Hinzu kommt, dass der Höhepunkt des wirtschaftlichen Einbruchs

nach Einschätzung der Unternehmen noch nicht einmal erreicht ist. Die Betriebe gehen vielmehr davon aus, dass das erst gegen Jahresende im November der Fall sein wird.

Dementsprechend verhalten sind die Prognosen: Im Best-Case-Szenario rechnen die neun relevanten

deutschen Tourismus-Fachverbände mit 50 bis 80 Prozent Umsatzrückgang im Jahr 2020, so das Ergebnis einer Studie der IW Consult für den Bundesverband der Deutschen Tourismuswirtschaft. In diesem Szenario kommen die Fluggesellschaften und Flughäfen sowie die Freizeitparks noch am glimpflichsten weg.

Im Worst-Case-Szenario rechnen die Verbände mit Umsatzeinbußen von bis zu 95 und mehr Prozent. Diese düstere Prognose könnte vor allem für Reiseveranstalter und Reisebüros sowie für Busreiseunternehmen eintreffen.

Die coronabedingten Umsatzeinbußen sind für viele existenzbedrohend. Allein ein Drittel der Hotels und Gaststätten in Deutschland – das sind 70.000 Betriebe – hat derzeit akute Liquiditätsprobleme und steht kurz vor der Insolvenz. Ähnliches gilt für die Luftfahrtbranche: Die Regionalfluggesellschaft LGW hat bereits Ende April 2020 Insolvenz angemeldet, die Lufthansa und die Bundesregierung einigten sich Ende Mai 2020 auf ein 9 Milliarden Euro teures Rettungspaket, um ein Konkursverfahren abzuwenden.

Auch die Freizeitparks mussten monatelang ihre Tore schließen, die ersten haben Ende Mai wiedereröffnet; je nachdem, wie viele Parks wie lange weiterhin geschlossen bleiben, könnten bis zu 40 Prozent der Erlebnisparks insolvent gehen, prognostiziert der Verband Deutscher Freizeitparks und Freizeitunternehmen. Die Bus- und Gruppentouristik steht ebenfalls unter Druck: Aktuell melden arbeitstäglich zwei bis drei Unternehmen dieser Sparte Insolvenz an oder müssen ihren Betrieb kurzfristig liquidieren.

Um eine Pleitewelle abzuwenden, plädiert der Bundesverband der Deutschen Tourismuswirtschaft (btw) deshalb für staatliche Unterstützung:

Kurzfristig soll ein Rettungsfonds mit bis zu 16 Milliarden Euro aufgelegt werden, der die Tourismusunternehmen mit direkten, nicht rückzahlbaren Zuschüssen unterstützt.

Wichtig ist dem Bundesverband dabei, dass die Hilfen so gestaffelt werden, dass kleine Unternehmen besonders entlastet werden. Denn von den rund 100.000 Tourismus-Betrieben in Deutschland beschäftigten

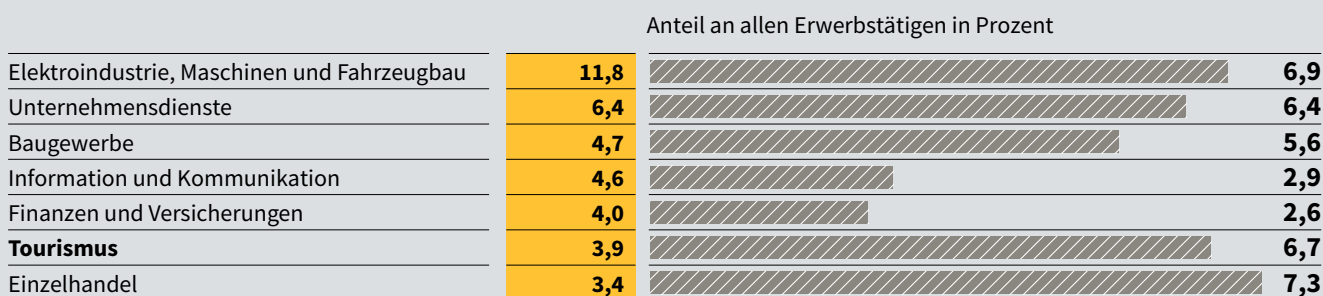
97 Prozent weniger als 20 Mitarbeiter. Insgesamt stellt die Branche 6,7 Prozent aller Arbeitsplätze in Deutschland, das sind rund drei Millionen Jobs – damit sind mehr Menschen im Tourismus als im Baugewerbe tätig (Grafik). Allein das Gastgewerbe hatte im März und April 2020 mehr als eine Million Beschäftigte zur Kurzarbeit angemeldet.

Weil in der Tourismuswirtschaft viele Dienstleistungen im Vorhinein gebucht und gezahlt werden, die aber aufgrund der Corona-Krise nicht in Anspruch genommen werden konnten, haben viele Reiseveranstalter außerdem Probleme, ihren Kunden die Rückzahlungen zu gewähren. Der btw schlägt deshalb vor, einen staatlich garantierten Rückzahlungsfonds mit 10 Milliarden Euro aufzulegen oder aber Gutscheine mit Staatsgarantien auszugeben. Letzteres haben andere EU-Länder faktisch bereits eingeführt, die EU-Kommission lehnt die Gutscheinregelung bislang allerdings ab.

Weitere Informationen:
iwconsult.de/Tourismuswirtschaft

Tourismuswirtschaft: Eine wichtige Branche

So viel Prozent der Bruttowertschöpfung in Deutschland entfielen 2019 auf diese Wirtschaftszweige



Wirtschaftszweige: Auswahl

Quellen: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Statistisches Bundesamt, IW Consult
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Der harte Brexit rückt näher

Europäische Union. Die Corona-Pandemie hat die Verhandlungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich nicht einfacher gemacht. Die wirtschaftlichen Auswirkungen eines harten Brexits würden die ökonomischen Folgen der Corona-Krise noch weiter verstärken.

Die Corona-Pandemie dominiert derzeit die Politik, andere Dinge geraten aus dem Fokus – so auch die Verhandlungen zum Brexit. Dennoch hält die britische Regierung an ihrem Plan fest, die Übergangsfrist, die am 31. Dezember 2020 endet, nicht zu verlängern, auch wenn bis dahin kein Freihandelsabkommen zustande gekommen ist.

Die Zeit drängt also, die letzte Verhandlungsrunde über die künftigen Wirtschaftsbeziehungen, die Mitte Mai stattfand, brachte allerdings kaum Fortschritte. Die nächste Gesprächsrunde ist für Anfang Juni angesetzt.

Die Verhandlungen kreisen vor allem darum, inwieweit das Vereinigte Königreich künftig die Regelungen der EU zu den Arbeitnehmerrechten, den Sozial- und Umweltstandards, der Kontrolle staatlicher Beihilfen und der Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen beibehält.

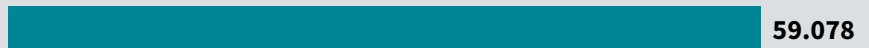
Während die EU auf möglichst gleichen Wettbewerbsbedingungen besteht und dies auch in ihrem Vertragsentwurf von Mitte März 2020 so gefordert hat, pocht das Vereinigte Königreich auf Regulierungsautonomie. Die Briten begeben sich damit in einen gewissen Widerspruch zur politischen Erklärung über den Rahmen für die künftigen

Vereinigtes Königreich: Die Exportschlager

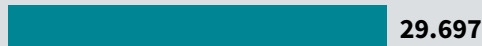
Waren im Wert von so viel Millionen Pfund exportierte das Vereinigte Königreich 2018 in die EU



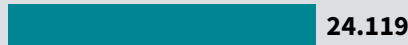
Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge



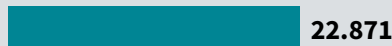
Chemische Erzeugnisse



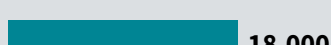
Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel und verwandte Erzeugnisse



Verschiedene Fertigwaren



Bearbeitete Waren



Nahrungsmittel und lebende Tiere



Bearbeitete Waren: unter anderem Lederwaren, Metallwaren, Papier und Pappe
Verschiedene Fertigwaren: unter anderem sanitäre Anlagen, Möbel und Bekleidung

Quelle: Office for National Statistics
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Beziehungen, die sie mit der EU im Oktober 2019 vereinbart haben. Dort hatten sich die Vertragsparteien darauf geeinigt, „die am Ende des Übergangszeitraums in der Union und im Vereinigten Königreich

geltenden gemeinsamen hohen Normen in den Bereichen staatliche Beihilfen, Wettbewerb, Sozial- und Beschäftigungsstandards, Umwelt, Klimawandel und einschlägige Steuerfragen zu wahren“.

Ein weiterer Streitpunkt ist, ob ab 2021 Zollkontrollen in der Irischen See notwendig sind und wie sie umgesetzt würden. Um Kontrollen an der Landgrenze zwischen Nordirland und der Republik Irland zu verhindern, hatten beide Vertragsparteien vereinbart, dass Nordirland weiterhin viele Zoll-, Verbrauchsteuer- und Binnenmarktregelungen der EU anwenden wird. Bei Waren, die aus Großbritannien oder aus Drittländern nach Nordirland eingeführt und die geeignet sind, in den EU-Binnenmarkt weitergeleitet zu werden, muss der Außenzolltarif der EU angewendet werden. Nach Auffassung der EU wird dies nur durch Zollkontrollen in der Irischen See möglich sein, die Modalitäten sind allerdings noch nicht geklärt.

Ein dritter Streitpunkt ist der Zugang der EU zu den britischen Fischereigründen.

Hier haben besonders Küstenländer wie Frankreich und Spanien ein großes Interesse an einem möglichst

ungehinderten Zugang zu den britischen Hoheitsgewässern. London möchte dagegen die Fangquoten jährlich neu verhandeln. Die Zeit drängt: Die Parteien haben vereinbart, bis 1. Juli 2020 ein Fischereiabkommen zu schließen.

Sollten sich die EU und das Vereinigte Königreich nicht auf ein generelles Abkommen einigen, würden auch wieder Zölle anfallen. Zwar beträgt der durchschnittliche Zollsatz der EU für Einfuhren aus Drittländern nur 5,2 Prozent, für einzelne Produktgruppen gelten aber deutlich höhere Tarife (Grafik):

Für Milchprodukte lag der Zollsatz in der EU im Jahr 2018 bei 43,7 Prozent. Auch andere Nahrungsmittel werden hoch verzollt.

Die Briten ihrerseits haben im Jahr 2018 Nahrungsmittel und lebende Tiere im Wert von mehr als 10,5 Milliarden Pfund in die EU exportiert (Grafik Seite 12). Insgesamt brachte das Exportgeschäft in die Europäische Union dem Vereinig-

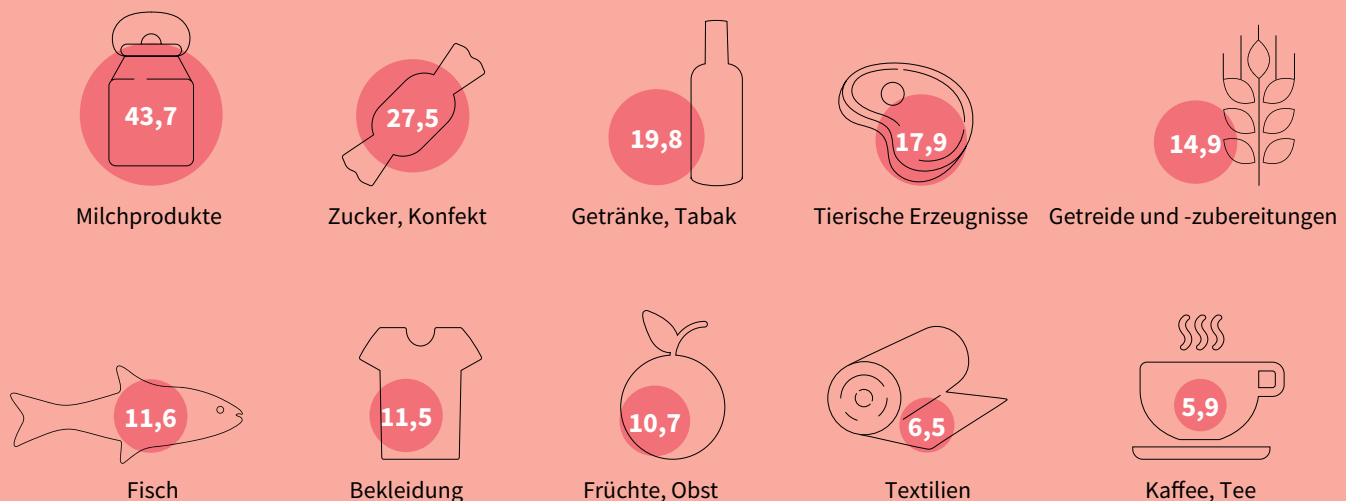
ten Königreich Einnahmen von mehr als 170 Milliarden Pfund. Neue Zölle könnten deshalb zu Investitionsverlagerungen von der Insel führen.

Auch die Briten haben inzwischen ihr eigenes Zollsystem entwickelt; Automobilimporte etwa sollen wie in der EU mit einem Zoll von 10 Prozent belegt werden.

Die ökonomischen Folgen sind massiv, zumal die Corona-Krise hinzukommt: Die Bank of England rechnet für das erste Quartal 2020 mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 3 Prozent, für das zweite Quartal hält sie sogar einen Absturz von 25 Prozent für möglich. Für 2020 insgesamt geht die Notenbank von einem Minus von 14 Prozent aus. Auch die Arbeitslosigkeit in Großbritannien steigt – von zuletzt 4 auf voraussichtlich 9 Prozent. Diese Werte gelten allerdings nur für den Fall, dass sich die EU und das Vereinigte Königreich auf ein umfassendes Freihandelsabkommen zum 31. Dezember 2020 einigen.

Brexit: Für britische Landwirte könnte es teuer werden

So hoch war der durchschnittliche EU-Zollsatz für diese Produktgruppen im Jahr 2018 in Prozent



Ein Katalysator für die Kohlereviere

Regionalpolitik. Die Braunkohlereviere im Rheinland, in Mitteldeutschland und in der Lausitz stehen vor einem gewaltigen Strukturwandel. Wie der gelingen kann, zeigt eine neue IW-Studie.

Beim Wort Strukturwandel denkt man sofort ans Ruhrgebiet. Denn schließlich steht Deutschlands dichtester Ballungsraum mit seinen 5,1 Millionen Einwohnern seit dem Beginn der Kohlekrise im Jahr 1957 vor der Herausforderung, seinen Bürgern ein lebenswertes Umfeld zu gewährleisten, das nicht auf dem Abbau der Steinkohle basiert. Vielfach ist dies gelungen, doch das Ruhrgebiet ist wirtschaftlich längst noch nicht über den Berg, wie die hohe Arbeitslosigkeit und die milliarden-schwere Schuldenlast vieler Revierstädte zeigen.

Auch die Braunkohlereviere müssen diesen Prozess nun bewältigen. Bis 2038 wird die Kohleförderung und -verstromung im Rheinland, in Mitteldeutschland und in der Lausitz beendet – zehn Jahre früher als geplant. Es müssen also besonders zügig neue Wirtschaftsstrukturen und neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Tatsächlich hat die Bundesregierung im September 2019 ein Strukturstärkungsgesetz vorgelegt, das Hilfen im Umfang von 40 Milliarden Euro über einen 20-jährigen Zeitraum vorsieht. In der Haushaltsplanung des Bundesfinanzministeriums sind zunächst allerdings nur 500 Millionen Euro zusätzlich pro Jahr vorgesehen, sodass unklar ist, inwieweit es sich bei den 40 Milliarden Euro um zusätzliche Mittel oder um zum Teil umgewidmete Gelder aus bestehenden Fördertöpfen handelt.

Auch die EU-Kommission plant im Rahmen des Green Deal eine Unterstützung europäischer Kohlereviere, die vom Ausstieg aus der Kohleförderung betroffen sind. Deutschland wäre mit 877 Millionen Euro aus dem Just Transition Fund in Höhe von 7,5 Milliarden Euro nach Polen zweitgrößter Nutznießer dieses Topfes.

Allerdings sind die geografischen Abgrenzungen für die Braunkohlenreviere im Strukturstärkungsgesetz sehr weit gefasst: In Mitteldeutschland zählen auch Leipzig und Halle dazu, deren Wirtschaft überhaupt nicht von der Braunkohle abhängt. Ähnlich ist es mit dem Lausitzer Revier, das den neuen Berliner Flughafen mit einschließt.

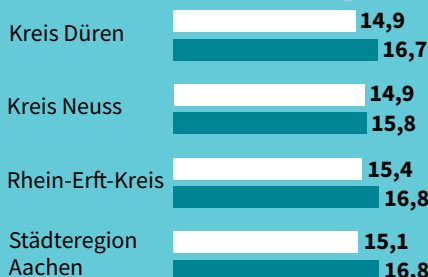
Braunkohlereviere: Gewerbesteuer fast überall gestiegen

Gewerbesteuer in deutschen Braunkohleregionen in Prozent des Unternehmensgewinns

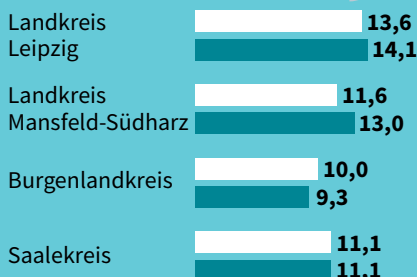


■ 2010 ■ 2018

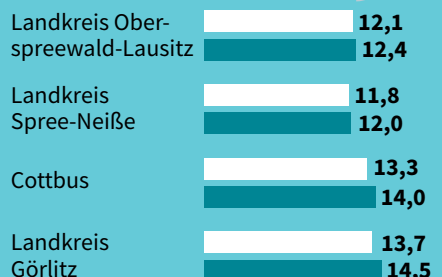
Rheinisches Revier



Mitteldeutsches Revier



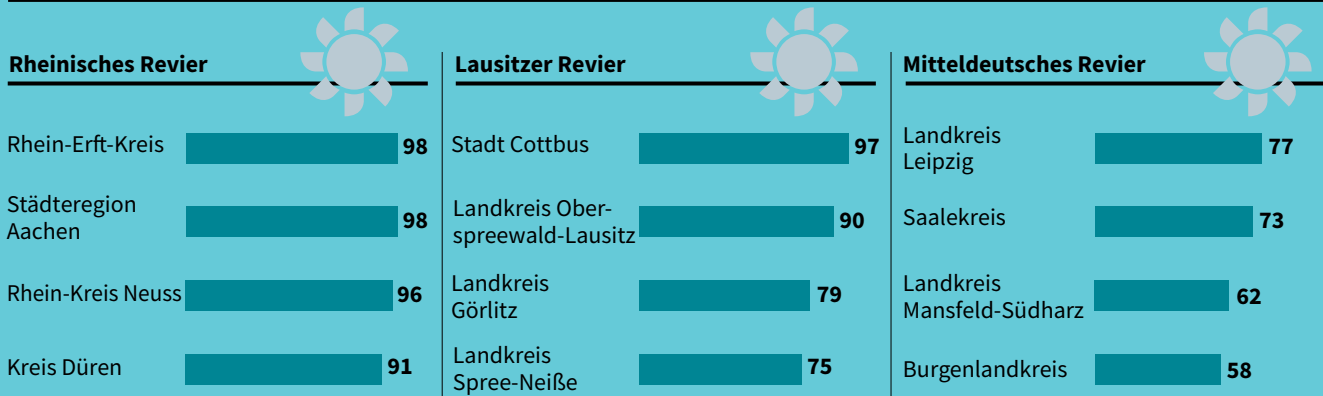
Lausitzer Revier



Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

Breitbandversorgung in den deutschen Braunkohlerevieren

So viel Prozent der Haushalte verfügten Ende Januar 2020 über einen Internetanschluss mit mindestens 50 Mbit/s



Quelle: Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Eine Alternative dazu wäre die Einrichtung von Sonderwirtschaftsregionen in jeweils vier Kreisen und kreisfreien Städten der drei Regionen. In diesen Zonen genießen industrielle Investitionen, neue Technologien und eine smarte Regulierung Vorfahrt.

Wie der Strukturwandel in solchen Sonderwirtschaftsregionen in den drei Braunkohlerevieren erfolgreich bewältigt werden könnte, zeigt das IW in einem Gutachten für die FDP. Die Finanzierung könnte im Rahmen der vereinbarten Strukturhilfen über 40 Milliarden Euro erfolgen. Die Maßnahmen im Einzelnen:

1. Die Reduktion des Gewerbesteuerhebesatzes auf den Mindestsatz von 200 Prozent. Die durchschnittliche Gewerbesteuerbelastung ist auch in den Braunkohlerevieren zuletzt gestiegen (Grafik Seite 14). Eine Halbierung auf den Mindesthebesatz würde die dortigen Betriebe um jährlich 880 Millionen Euro entlasten.

2. Investitionen erleichtern. Jährlich sollten 50 Millionen Euro Investitionszuschüsse bereitgestellt werden.

3. Stärkung von Forschung und Entwicklung. Den Firmen in den Braunkohlerevieren sollten verbesserte Förderbedingungen gewährt werden, denn in strukturschwachen Regionen sind Betriebe oft weniger innovativ.

4. Ausbau der universitären Bildungseinrichtungen. Um junge Menschen in der Region zu halten, sollten Hochschulen und Institute ausgebaut werden.

5. Bau und Ausbau von Technologieparks und Gründerzentren. Zusammen mit den Hochschulen können sie zu Zentren für neue Wachstumsbranchen wie etwa der Energiebranche werden.

6. Digitale Netze zügig ausbauen. In den drei Braunkohlerevieren ist die Breitbandversorgung zum Teil unzureichend (Grafik).

7. Testfeld intelligente Netzsteuerung. Durch Testfelder für erneuerbare Energien und Speichertechnologien können die Regionen ihre Sonderstellung in der deutschen Energieversorgung weiter aufrechterhalten.

8. Planungsbeschleunigung für Verkehrsinfrastrukturen. Straßen, Bahnlinien und Ersatzneubauten müssen hier schneller gebaut werden als sonst üblich.

9. Vereinfachung bürokratischer Verfahren bei der Genehmigung industrieller Ansiedlungen.

10. Partizipation. Wenn Bürger, Experten und Betriebe frühzeitig in Entscheidungsprozesse eingebunden werden, kommen Lösungen oft schneller zustande.

IW-Studie:

Klaus-Heiner Röhl, Roman Bertenrath, Tobias Hentze:
Sonderwirtschaftsregionen zur Flankierung des Strukturwandels in Kohlerevieren – Vorfahrt für Bildung und Investitionen
iwkoeln.de/swr

Impressum



Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland · **Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Blankenberg, Carsten Ruge, Alexander Weber · **Redaktionsassistent:** Anja Hüpper · **Grafik:** IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 11,89/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-tägig · **Abo-Service:** Therese Hartmann, Telefon: 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datschutz-iwd@iwmedien.de.

Zahl der Woche



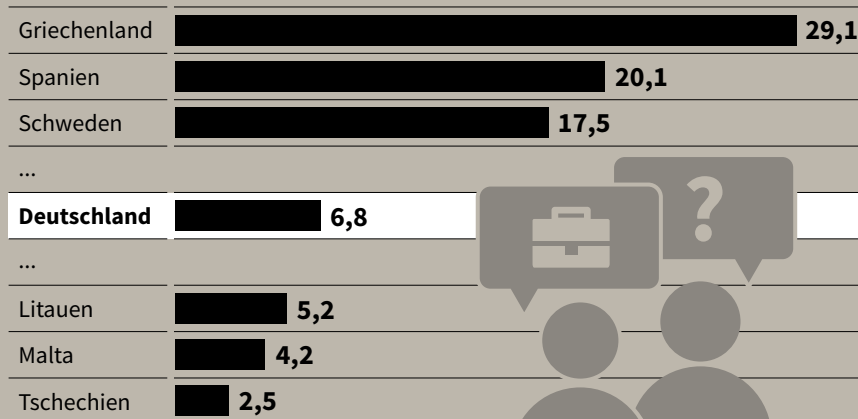
der Deutschen essen laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa täglich Fleisch oder Wurst – vor fünf Jahren waren es noch 34 Prozent. Das liegt auch daran, dass immer mehr Männer auf die tägliche Portion Fleisch verzichten. Dennoch ist der Anteil der männlichen Fleischesser in Deutschland nach wie vor höher: 32 Prozent der Männer konsumieren täglich Fleisch, aber nur 20 Prozent der Frauen. Unverändert bleibt dagegen der Anteil an Vegetariern (5 Prozent) und Veganern (1 Prozent). Somit sind es vielmehr die Flexitarier, die ihre Ernährungsgewohnheiten verändert haben: 55 Prozent der Befragten bezeichnen sich als Fleischesser, die gelegentlich bewusst auf Fleisch verzichten.

Top-Liste: Erwerbslosigkeit von Nicht-EU-Ausländern

In fast allen EU-Mitgliedsstaaten haben Ausländer größere Schwierigkeiten, einen Job zu finden, als Einheimische. Das gilt insbesondere für Personen aus Drittstaaten: Im EU-Durchschnitt waren 2019 rund 11 Prozent von ihnen arbeitslos, aber nur 6 Prozent der jeweils in ihrem Heimatland lebenden gebürtigen EU-Bürger. Besonders hoch ist die Erwerbslosenrate von Personen aus Drittstaaten in Griechenland, Spanien, Schweden und Frankreich. Am niedrigsten ist sie EU-weit in Tschechien mit 2,5 Prozent. Gleichwohl haben auch dort Einheimische noch bessere Job-Chancen als Migranten, denn die Arbeitslosenrate für Tschechen lag 2019 bei nur 1,9 Prozent.

Migranten in der EU: Unterschiedliche Jobperspektiven

So viel Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung, deren Geburtsort außerhalb der Europäischen Union liegt, waren 2019 arbeitslos gemeldet



Erwerbsfähige Bevölkerung: zwischen 20 und 64 Jahre alt

Quelle: Eurostat
© 2020 IW Medien / iwd

Neu

Neu auf iwd.de:



Wenn Betriebe wieder öffnen

Rein ins Homeoffice, raus aus dem Homeoffice: Viele Unternehmen holen ihre Beschäftigten langsam wieder zurück in die Betriebe. Welche Arbeitsschutzregeln sie dabei beachten müssen, erklärt Arbeitsrechtlerin Kathrin Vossen von der Kölner Kanzlei Oppenhoff & Partner im Interview auf iwd.de.